

Unterrichtung
(zu Drs. 17/31 und 17/257)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 19.06.2013

Diskriminierung Homosexueller beenden - Vollständige Gleichstellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft herstellen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/31

Beschlussesempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 17/257

Der Landtag hat in seiner 10. Sitzung am 19.06.2013 folgende EntschlieÙung angenommen:

Diskriminierung Homosexueller beenden - Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare!

Noch immer ist homosexuellen Paaren der Zugang zur Ehe verwehrt. Diese Ungleichbehandlung aufgrund sexueller Identität ist gerade im Angesicht des gesellschaftlichen Wandels und eines damit einhergehenden modernen Eheverständnisses nicht haltbar. Auch das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft vermag weder die hierdurch entstehende konkrete, noch die symbolische Diskriminierung zu beenden. Überdies führt die bestehende rechtliche Situation zu einer Benachteiligung insbesondere im Steuer- und Adoptionsrecht.

Es gibt keinen sachlichen Grund, homo- und heterosexuelle Partnerschaften ungleich zu behandeln. Die Politik ist gefordert, selbst aktiv für die vollständige Gleichberechtigung homosexueller Paare einzutreten und nicht erst nach Urteilen oberster Gerichte zu reagieren.

Der Landtag begrüÙt die Initiative des Bundesrates zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare!

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene weiterhin für eine vollständige Gleichberechtigung Homosexueller einzusetzen; davon soll das Recht auf Eheschließung umfasst sein,
2. alle landesrechtlichen Regelungen auf eine Benachteiligung oder Diskriminierung Homosexueller zu überprüfen und diese Benachteiligung unverzüglich zu beseitigen.